

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

November 2018

Nr. 11 · 14. Jahrgang

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Ereignisreiche Monate liegen hinter uns; erlebnisreiche Monate liegen vor uns. Lassen wir das vergangene Jahr Revue passieren, können wir feststellen: ein intensiver, nicht immer einfacher Wahlkampf hat sich gelohnt. Gemeinsam mit Martina Trauth haben wir mit 44,7% in der Stichwahl ein großartiges Endergebnis erreicht. Den Auftakt dazu bildete die Gesamtmitgliederversammlung im Januar 2018, auf der Martina Trauth als unsere Kandidatin nominiert wurde. Gemeinsam mit Expert*innen und engagierten Bürger*innen diskutierten und entwickelten wir in vielen Veranstaltungen unsere Wahlziele rund um die Schwerpunkte Wohnen, Bildung und Kita, Leben im Alter, Verkehr, Stadt und Natur sowie Wirtschaft und Innovation. Die Einbeziehung der Potsdamer*innen und das Ernstnehmen ihrer Probleme standen im Wahlkampf immer an erster Stelle.

Die Erwartungshaltungen an die Kandidat*innen in diesem Wahlkampf waren hoch: insgesamt rund vierzig öffentliche Podien, mitunter zwei zu unterschiedlichen Themen an einem Tag, daneben Infostände, Plakatieren und Pressetermine machten es für Martina zu einer logistischen Herausforderung, die sie neben ihrer hauptberuflichen Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte souverän gemeistert hat. Die Anstrengungen der letzten Monate wurden am 14.10. belohnt.

Das Wahlergebnis ist nicht nur eine Anerkennung von Martinas hervor-



gendem Engagement, es bestätigt auch die Rolle der LINKEN in der sich wandelnden Stadt und bekräftigt unseren Gestaltungsanspruch für Potsdam. Natürlich geht der Dank für dieses Ergebnis zuerst an unsere Kandidatin Martina Trauth: für ihren Einsatz und für eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit. Genauso geht der Dank an Euch liebe Genossinnen und Genossen: für die Unterstützung an den Infoständen, im Wahlteam, als Gäste in zahlreichen Podien, beim Verteilen von Material und bei der Plakatierung. Gemeinsam haben wir gezeigt, dass ein Wechsel in der Stadt möglich ist, dass ein anderer Politikstil, der den Menschen zuhört, Gesprächsräume öffnet und Betroffene in Entscheidun-

gen einbezieht, viele Menschen anspricht und erreichen kann. Das werden wir auch künftig im Alltag umsetzen. Nach diesem Erfolg sehen wir nun optimistisch auf die Kommunal-, Europa- und Landtagswahl im kommenden Jahr. Gemeinsam muss es uns gelingen, als LINKE in Potsdam wieder stärkste Kraft zu werden. Mit der Aufstellung unserer Direktkandidat*innen für den Landtag im November und einer Gesamtmitgliederversammlung im Februar zum Beschluss des Kommunalwahlprogramms und der Listenaufstellung für die Kommunalwahl legen wir die Grundlagen dafür. Es gibt viel zu tun - packen wir es an!

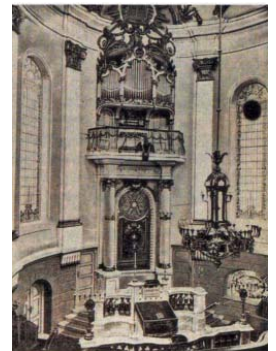
*Kati Biesecke & Stefan Wollenberg,
Kreisvorsitzende*

In dieser Ausgabe

2 Europa und die Welt
BREXIT, Klimaschutz und Anerkennung für Prof. Schellnhuber

3 LINKS WÄHLEN
Im Blickpunkt: die Landtagswahlen 2019

4 KALENDERBLÄTTER
Der 9. November in der Geschichte/



Kalenderblätter für den November

5 LINKS IM RATHAUS
Angergrund, Krampnitz, „Minsk“ und KiTa-Beiträge

6 7 LINKS IN STADT UND LAND
Im Interview: Ministerin Karawanskij und Staatssekretär Schröder

8 DIE LETZTE SEITE
Filmpremiere am 8. November/40 Jahre „Obe-

Gesamtmitgliederversammlung

Einberufungsbeschluss für die Nominierungsversammlung 24.11.2018 ab 11.30 Uhr

Der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE.KV Potsdam beruft eine Versammlung der in Potsdam wohnhaften Mitglieder der Partei DIE LINKE. für den 24.11.2018 um 11.30 Uhr in die Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule Potsdam, in der Esplanade 3, ein.

Ziel dieser Versammlung ist die Wahl

der 12 Vertreter*innen für die Landesvertreter*innensammlung DIE LINKE. LV Brandenburg für die Wahl der Landesliste der Partei DIE LINKE. LV Brandenburg zu den Wahlen zum 07. Brandenburger Landtag, sowie die Wahl der 4 Delegierten für die Vertreter*innensammlung zur Wahl der Europaliste

der LINKEN. Dieser Beschluss ist öffentlich bekanntzumachen und die Einladungen den Mitgliedern unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung mindestens 10 Tage vor der Versammlung zuzusenden. Für die Einladung ist der Wohnort Potsdam und nicht die Mitgliedschaft im Kreisverband Potsdam ausschlaggebend.

Informationen der Redaktion

Die nächste Ausgabe von „Potsdams andere Seiten“ erscheint am 2. Dezember 2018. Redaktionsschluss ist am 23. November.

Brexit-Verhandlungen: Tanz auf der Titanic

Im Rahmen einer kritischen Bilanzierung der jüngsten Tagung des Europäischen Rats stand im Europäischen Parlament erneut der Stand der Brexit-Verhandlungen mit Großbritannien zur Debatte. Dazu Helmut Scholz, Mitglied im EP-Ausschuss für Konstitutionelle Fragen (AFCO): „Die Trippel-Einlage der britischen Premierministerin Theresa May war ein Tanz auf der Titanic. Das Vereinigte Königreich muss nun endlich einmal die klare politische Aussage machen. Alle Verlautbarungen aus London über eine bereits erzielte 90 oder 95 prozentige Fertigstellung des Vertrages bleiben politisches Taktieren und Scheinmanöver.“

kommentiert Scholz. „Für uns gilt ganz eindeutig: Ohne Verankerung der Bürger*innenrechte, inklusive der Anerkennung der Personenfreizügigkeit und eines definierten ‚Backstops‘ zur Grenzfrage mit Irland unter Einhaltung des Karfreitagsabkommens, wird es keinen Vertrag geben können. Politisch stellt sich damit die Frage: Gibt es noch einen Spielraum für Kompromisse oder ist der unregelmäßige Brexit nicht schon längst in den politischen Verhältnissen fixiert und nur noch nicht ‚verabredet‘?“

Die Leidtragenden wären die etwa fünf Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die im Vereinigten Königreich

oder in den EU-Mitgliedstaaten leben. „Für sie wäre ein solcher ‚no-deal‘ die schlechteste aller möglichen Lösungen, denn ziemlich schnell würden sie sich in einer rechtlich prekären Situation befinden: Die mit der EU-Mitgliedschaft ihrer Staaten erworbenen fundamentalen Bürgerrechte würden einfach verschwinden und es gäbe auch keine Instrumente mehr, diese einzuklagen. Zuzugs- und Aufenthaltsrechte, Arbeitsvisa, aber auch Rentenansprüche, der Zugang zu Gesundheitsdiensten oder die Anerkennung von Berufserfahrungen gehören für mich zu solchen Grundrechten.“

Die wichtigsten Ziele der Menschheit

Der Europaabgeordnete Helmut Scholz hat das EndeSeptember 2018 öffentlich gemachte „Manifest für Nachhaltigkeit in Europa“ (Manifesto for a Sustainable Europe for its Citizens) begrüßt. Zahlreiche Organisationen aus der Zivilgesellschaft haben den Tag zum globalen Aktionstag zur Beendigung von Armut, zur Verringerung von Ungleichheiten und zum Kampf gegen den Klimawandel erklärt. Ihr Manifest richtet sich mit seinen Kernforderungen an die politische Führung in der Europäischen Union und an die Kandidierenden zu den Europawahlen im Mai 2019..

„Mit der Annahme der Agenda 2030 zur konkreten Umsetzung der gesteckten Ziele sind wir alle eine Verpflichtung eingegangen. Die Linke im Europaparlament fordert Rat und EU Kommission



Helmut Scholz im EU-Parlament

zum Umdenken auf: das Erreichen der 17 wichtigsten Ziele der Menschheit muss zum Maßstab unseres politischen Handelns werden und dabei das reine Wirtschaftswachstum als Gradmesser des Erfolgs ablösen.“, unterstreicht Helmut Scholz, Obmann der Linksfraktion im Handelsausschuss des Europaparlaments.

„Verknüpft ist dies mit weitergehenden Forderungen wie jener, multinationale Konzerne und ihre Subunternehmen für die Einhaltung von Menschenrechten, Umweltschutz und Nachhaltigkeit in die Pflicht zu nehmen. Der im Oktober in Genf zur Verhandlung anstehende verbindliche UN-Vertrag zu Konzernen und Menschenrechten wäre ein wesentlicher Schritt in diese Richtung.“

Große Verdienste um Nachhaltigkeitsforschung

Professor Hans Joachim Schellnhuber, der Direktor des von ihm 1992 gegründeten Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) ging in diesem Monat in den Ruhestand. Dazu erklärte die Potsdamer Landtagsabgeordnete und ehemalige Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Anita Tack (LINKE): „Bereits am 04.09.2018 wurde Prof. Schellnhuber mit den Eintrag ins goldene Buch der Stadt Potsdam geehrt. Ich gratuliere Herrn Professor Schellnhuber noch einmal ganz herzlich zu dieser Auszeichnung. Sein Beitrag zur internationalen Nachhaltigkeitsforschung und zum globalen Umwelt- und Klimaschutz erfährt damit eine weitere verdiente Würdigung. In meiner Amtszeit als Brandenburger Umweltministerin konnte ich unmittelbar erfahren, welchen wichtigen

Beitrag das PIK und insbesondere sein Direktor zur Erforschung und Lösung globaler und regionaler Umweltprobleme leistete und leistet. Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg konnte in meiner Verantwortung und unter der konstruktiven und kritischen Begleitung durch den Wissenschaftlichen Beirat unter dem Vorsitz von Prof. Manfred Stock (PIK) erarbeitet werden. Ich bin dankbar für die gute Zusammenarbeit in dieser Zeit. Nach wie vor teile ich Prof. Schellnhubers offensive Kritik am unzureichenden Klimaschutz. Auch in Potsdam muss das Tempo für mehr Klimaschutz erhöht werden.“



Auch wenn Herr Prof. Schellnhuber nun in den „Ruhestand“ verabschiedet wird, wird er erklärtermaßen am Thema Klimaschutz weiterarbeiten. Dem PIK bleibt er als Direktor Emeritus erhalten. Ganz besonders erwarte ich durch seine Mitwirkung in der Kohlekommission der Bundesregierung seit Juni 2018 wichtige Impulse für den baldigen Ausstieg aus der Kohleverstromung zu Gunsten eines besseren und wirkungsvollen Klimaschutzes und einer zukunftsfähigen Strukturentwicklung in der Lausitz.

Ihm und seinen beiden Nachfolgern an der Spitze des PIK, Johan Rökkström und Ottmar Edenhofer wünsche ich viel Erfolg in der Fortführung der Nachhaltigkeitsforschung in Potsdam und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Foto: Hollin

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung
für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE.
Potsdam; **Kati Biesecke, Stefan Wollenberg,**
Vorsitzende. Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam.

REDAKTION: **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.);
H. Jo. Eggstein, Layout; **Renate Frenz**,
Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/20 01 89-70;
Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische
Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160
500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.

DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

Landtagswahlen am 1. September 2019

Der Landtag Brandenburg wird am 1. September 2019 neu gewählt. In den drei Potsdamer Wahlkreisen stellen sich vier GenossInnen zur Nominierung. Im November werden Versammlungen in jedem Wahlkreis entscheiden, ob sie für DIE LINKE ins Rennen gehen sollen. Hier unsere KandidatInnen für die Potsdamer Wahlkreise 19, 21 und 22.

Wahlkreis 19

- Potsdam-Mittelmark III / Potsdam III

Nominierungsversammlung im WK 19 am 17.11.2018 ab 10.00 Uhr

Kandidaturen: **Tina Lange** und **Matthias Lack**

Matthias Lack

Direktkandidatur der Partei DIE LINKE im Wahlkreis 19 zu den Landtagswahlen 2019

Mein Name ist Matthias Lack, 1975 in Potsdam geboren habe ich inzwischen 5 Kinder und lebe mit meiner Lebensgefährtin bald wieder in Werder/Glindow. Dort habe ich meine Kindheit und Jugend erlebt bevor ich 1995 nach Potsdam gezogen bin. Hier studierte ich nach dem Abitur, Zivildienst und Selbstständigkeit als Verkaufsmann, Diplom Soziale Arbeit an der FHP am alten Markt. An der FH engagierte ich mich im Stura des FB1 und Asta der FH, arbeitete schon zu dieser Zeit in der aufsuchenden Familienhilfe und als Mediator bei einem kleinen Träger in Potsdam. 2010 wechselte ich zur AWO Potsdam als wissenschaftlicher Mitarbeiter und gegenwärtig als Referent der Kinder- und Jugendhilfe. In dieser Zeit studierte ich nebenberuflich den Master of Arts der Sozialen Arbeit am Hochschulverbund Rhein/Main. Meine praktische Erfahrung und meine theoretische Ausbildung bringe ich seit 2007 als Lehrender durch diverse Lehraufträge in verschiedenen Hochschulen ein. Mein letztes Lehrendenprojekt an der FHP wurde 2017 mit dem Landeslehrpreis für exzellente Lehre Brandenburg ausgezeichnet.

Seit 2009 engagierte ich mich in unserer Partei. Beginnend in der BO neue Impulse wurde ich Vorsitzender des OV Mitte und Teil des Kreisvorstandes. Nach einem Mentorenprogramm bei der Stadtfraktion in Potsdam wurde ich als Spitzenkandidat für den WK Potsdamer Norden von den Genoss*innen nominiert. Im Wahlkreis erreichte ich erstmals für die LINKE das Quorum an Wähler*innenstimmen und konnte 2014 direkt in



die Stadtverordnetenversammlung Potsdam einziehen. Seit dem bin ich Vorsitzender des Ausschusses für Klima, Ordnung und ländliche Entwicklung und verbinde die Themenkomplexe Umwelt und Soziales in der kommunalpolitischen Praxis.

Tina Lange

Direktkandidatur der Partei DIE LINKE im Wahlkreis 19 zu den Landtagswahlen

Mein Name ist Tina Lange, 30 Jahre alt, verheiratet, 2 Söhne. Ich bin Musik- und Physiklehrerin und engagiere mich seit 2012 in der Partei DIE LINKE, seit 2014 auch als stellvertretende Kreisvorsitzende in Potsdam, um für soziale Gerechtigkeit, gelebte Solidarität, Chancengleichheit in der Bildung und eine umgehende, dringend notwendige Energie- und Umweltschutzkampagne zu kämpfen. Ich wohne in Fahrland, einem nach Potsdam eingemeindeten Dorf. Wie alle Orte in unserem Wahlkreis 19 (Werder, Schwielowsee, Potsdam-Nord sowie westliche & nördliche Ortsteile) wachsen wir permanent – leider gefühlt nur der Wohnraum, nicht die für das Wachstum notwendige Infrastruktur. Es ist mir ein Herzensanliegen, mich für die Menschen vor Ort einzusetzen, für umweltfreundliche und nutzerfreundliche Mobilität und Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum, qualitativ hochwertige wohnortnahe Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie ausreichend wohnortnahe Schulplätze und Gemeindefreizeitanlagen für Menschen jeden Alters. Deshalb möchte ich mich als Direktkandidatin der LINKE nominieren lassen.



Wahlkreis 21 - Potsdam I

Nominierungsversammlung im WK 21 am 24.11.2018 ab 10.00 Uhr

Kandidaturen: **Isabelle Vandré**

Wahlkreis 22 - Potsdam II

Nominierungsversammlung im WK 22 am 24.11.2018 ab 14.30 Uhr

Kandidaturen: **Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg**

Isabelle Vandré

Direktkandidatur der Partei DIE LINKE im Wahlkreis 21 zu den Landtagswahlen

2014 wurde ich durch die Linksjugend [solid] Brandenburg als Kandidatin des Jugendverbandes für die Landtagswahl nominiert und war seitdem als Landtagsabgeordnete parlamentarisch aktiv. Als langjährige Einwohnerin Potsdams bewege ich mich viele Jahre lang im linksalternativen Umfeld der Stadt und habe mich in diversen Projekten engagiert. Ganz konkret konnte ich als Sprecherin für Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik der Linksfraktion, die zuvor außerhalb des Parlaments mit den Studierenden im Rahmen der Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes entwickelten Forderungen in den Landtag tragen und für ihre Umsetzung streiten. Gelungen ist uns die Stärkung des Moses Mendelssohn Zentrums, als jene Einrichtung, welche die Entwicklung neonazistischer Organisationen und Strukturen wissenschaftlich aufarbeitet und für die Öffentlichkeit zugänglich macht. Der Schwerpunkt meiner Arbeit im NSU-Untersuchungsausschuss lag in der Aufarbeitung der Verbindungen zwischen der Potsdamer Neonaziszene und ihren Verbindungen in jenes Blood & Honour Umfeld in Chemnitz, in das Zschäpe, Mundlos und Bönnhardt „untertauchten“.

In den vergangenen Jahren war meine Zusammenarbeit mit den vielfältigen politischen Strukturen Potsdams immer aktiv und fruchtbar. Ich glaube, dass das für uns als Partei eine Chance bei den kommenden Landtagswahlen sein kann und habe mich daher dazu entschieden, mich als Kandidatin für den Wahlkreis 21 zu bewerben.

Ich freue mich auf euch, auf eure Unterstützung und auf einen engagierten Wahlkampf für ein solidarisches, soziales, lebendiges und vielfältiges, kurz linkes Potsdam.



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Direktkandidatur der Partei DIE LINKE im Wahlkreis 22 zu den Landtagswahlen

Am 9. April 1954 wurde ich in Annaberg geboren. Auf Abitur und Grundwehrdienst bei der NVA folgte ein vierjähriges Studium an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Potsdam-Babelsberg. Nach wissenschaftlicher Assistenzzeit und Promotion arbeitete ich als Oberassistent am Lehrstuhl Staatsrecht kapitalistischer Staaten. Von 1986 bis 1989 war ich stellvertretender Parteisekretär der Akademie.

Von 1991 bis 2004 war ich wissenschaftlicher Mitarbeiter (Schwerpunkt: Innen- und Rechtspolitik) der PDS-Fraktion, später Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg. Mit meiner Wahl in den Landtag Brandenburg im Jahr 2004 wurde ich innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzender des Ausschusses für Inneres. Vom Landtag wurde ich als Vertreter der Fraktion in die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) gewählt. 2009 zog ich direkt in den Landtag ein.

Ein politisches Zeichen setzte ich, seit 1990 Stadtverordneter und seit 1995 Vorsitzender der Linksfraktion, als ich im Jahr 2002 um 122 Stimmen das Amt des Oberbürgermeisters verfehlte. Der Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung und mir sind u. a. die Ansiedlung von Porta und von produzierendem Gewerbe in Potsdam zu verdanken. Ich bin Kuratoriumssprecher und Vorsitzender der Abteilung Volleyball beim SC Potsdam, Vater von drei Kindern (1 Tochter, 2 Söhne) und wohne mit meiner Familie seit 12 Jahren am Stern, wo sich auch mein Bürgerbüro befindet.



Ein geschichtsträchtiges Datum – der 9. November

In der Tat: Er ist kein Tag wie jeder andere, der 9. November. Auf hintersinnige Weise geistert er seit 1799 durch die Geschichte, zuerst maskiert als „18. Brumaire“, ein Tag im „Nebelmonat“ des französischen Revolutionskalenders. Napoleon Bonaparte errichtet an diesem 9. November 1799 seine Diktatur unter dem Titel eines „Ersten Konsuls“. Vier Jahre später setzt er sich die Kaiserkrone auf, und verrät damit die antifeudalen und republikanischen Ziele der Großen Französischen Revolution.

Der 9. November hat auch in der deutschen Vergangenheit immer wieder eine Rolle gespielt. 1848 die gescheiterte Märzrevolution, 1918 die Novemberrevolution, 1923 Hitlers Putschversuch, 1938 die Reichspogromnacht und 1989 dann, der bisher letzte historisch bedeutsame 9. November: der Fall der Berliner Mauer.

Ja, es ist schon eine interessante Häufung wichtiger Daten, die auf diesen 9. November fallen. Aber in den meisten Fällen, bis auf einen Fall, ist das reiner Zufall. Um den 9. November 1848 zu nehmen: Dass der Robert Blum, dieser Parlamentsabgeordnete, nun ausgerechnet am 9. November erschossen worden ist, ist zwar ein Grund, sich daran zu erinnern, aber hat mit den anderen 9. Novembereignissen eigentlich gar nichts zu tun. Es ist reiner Zufall, dass es an diesem Tag war.

Das gilt auch für die Novemberrevolution. Am 9. November 1918 ist relativ zufällig oder gerade an diesem Tag vor mittlerweile 100 Jahren die Republik proklamiert worden. Und das gilt auch für den 9. November 1989. Dass nun diese Pressekonferenz von Herrn Schabowski mit diesem verhängnisvollen oder berühmten Zitat,

dass jetzt die Reisefreiheit eingerichtet worden sei, an diesem Tag stattgefunden hat, ist ebenfalls an sich ein Zufall.

Den furchtbarsten Novembertag präsentierte uns das Jahr 1938 – also heute vor 80 Jahren: „Am 9. November 1938 fand auch in Potsdam die Pogromnacht statt. Hier wurden Geschäfte, der Friedhof sowie die Synagoge beschädigt und demoliert. Die Synagoge wurde allerdings nicht vollständig zerstört, da sich das Hauptgebäude der Post unmittelbar neben der Synagoge befand. Ab dem 12. November 1938 durften Juden keine Theater, Konzerte und Kinos mehr besuchen. Ab dem 3. Dezember 1938 wurden jüdische Geschäfte, Betriebe und Grundstücke zwangsverkauft. Ab Januar 1939 mussten Juden und Jüdinnen den zusätzlichen Zwangsnamen Israel und Sara tragen, zu diesem Zeitpunkt be-

fanden sich noch 175 Juden in Potsdam. Am 30. Mai 1939 wurde die Gemeinde zum Zwangsverkauf ihrer Synagoge gezwungen. Dem letzten Rabbiner gelang 1940 mit seiner Familie die Flucht aus Deutschland. Ab dem 1. September 1941 mussten alle Juden ab dem sechsten Lebensjahr den „Judenstern“ tragen. Im Januar 1942 wurden die letzten 40 Mitglieder der Gemeinde nach Riga deportiert“...

Am 9. November 2018 findet am Standort der ehemaligen Synagoge, Platz der Einheit 1 in 14467 Potsdam, ab 14.00 Uhr die Gedenkveranstaltung in Erinnerung an die Reichspogromnacht am 9. November 1938 statt. Es ist eine Kooperationsveranstaltung der Landeshauptstadt Potsdam mit der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen sowie den jüdischen und kirchlichen Gemeinden Potsdams. *-bm*

KALENDERBLÄTTER NOVEMBER

1878

Belagerungszustand über Potsdam

Im Zusammenhang mit dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (27. 10. 1878) wird am 28. November über Potsdam der kleine Belagerungszustand verhängt.

1918

Streik und Arbeiterrat

Am 9. November beginnt vormittags ein Streik bei Orenstein & Koppel. Nachmittags erfolgt die Besetzung des Nowaweser Rathauses. Eine rote Fahne wird gehisst. Am 10. November wird in Nowawes ein Arbeiterrat gebildet. Ihm gehören u.a. an: Paul und Arno Neumann, Karl Dürre, Franz Güth, Emil Treptow, Max Singer, Wilhelm Schulz.

1938

Festkonzert des Potsdamer Sängerkhoes

Der Potsdamer Sängerkhor gibt zu seinem 90. Jahrestag des Bestehens am 3. November ein Festkonzert. Der Chor „...konnte sich im Potsdamer Kulturleben einen wertvollen Platz sichern...“ (PT, 04. 11. 1938). Unter dem Dirigat von Bruno Stein wirken neben Prof. Otto Becker (Orgel und Flügel) das Kammerblasorchester des Infanterie-

regiments 9 und die Kammersängerin Klara Müller mit. Es erklingen Werke von Philipp Friedrich Silcher, Franz Schubert, Friedrich Glöck, Robert Schumann, Carl Maria v. Weber, Anton Bruckner und Richard Strauß.

1948

Erste „Freie Läden“

In der Brandenburger Straße werden am 16. November die ersten beiden „Freien Läden“ des Landes Brandenburg eröffnet; dort kann die Bevölkerung ohne Marken einkaufen; es handelt sich um einen Textil- und einen Lebensmittelladen; Preise u.a.: 150 g Fondanbonbons 6,- DM, 1 kg Butterkekse 50,- DM, 1 kg Kunsthonig 25,- DM, 1 Schweineohr 3,- DM; Die „Märkische Volksstimme“ schreibt: „Die Kauflust schon in den ersten Stunden nach Eröffnung der Freien Läden zeigt offensichtlich wie diese Einrichtung von der Bevölkerung begrüßt wird. Und die Hauptsache: Der Schwarze Markt wird den Riemen jetzt schon erheblich enger schnallen müssen, denn der Geldüberhang, den die Freien Läden auffangen, fließt nicht in das Geldsäckel eines Schiebers, sondern dient der Stabilisierung unserer Währung und damit unserer Wirtschaft.“

1958

Christen in Vorbereitung der Wahlen

100 Christen aus dem Bezirk Potsdam nehmen am 12. November an einer Gesprächsrunde mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR, Werner Eggerath, in Vorbereitung auf die Wahlen zur Volkskammer der DDR und zu den Bezirkstagen am 16. 11. 1958 teil. Es wird eine Erklärung verabschiedet, in der es u.a. heißt: „Wir lehnen den Missbrauch des christlichen Glaubens für die militärische und psychologische Vorbereitung eines ‚Kreuzzuges gegen den Kommunismus‘ ab. Wir erklären uns bereit, am friedlichen Aufbau, der in der großen Gemeinschaft der für Frieden und ein besseres Leben schaffenden Bürger unserer Republik vollzogen wird, nach besten Kräften mitzuarbeiten. Weil wir dem Frieden dienen wollen, erklären wir uns mit dem Wahlprogramm der Nationalen Front einverstanden, und werden den Kandidaten, die bereit sind, ihre ganze Kraft für die Erhaltung des Friedens einzusetzen, am 16. November unsere Stimme geben. Wir rufen die Christen des ganzen Bezirkes auf, am Tage der Wahl ihrer staatsbürgerlichen Pflicht nachzukommen und ihr Ja für eine glückliche und friedvolle Zukunft zu geben.“

1963

Sowjetische Lebensretter

Sowjetische Soldaten der Garnison in Werder/Havel retten am 5. November den Rentner Albert Dembowski (77) aus Golm vor dem Ertrinken im Großen Zernsee. Die Soldaten hatten gesehen, wie der Kahn kenterte und kommen mit einem Schwimmfahrzeug zu Hilfe. Am 09. 11. 1963 feiert der Rentner gemeinsam mit seinen Rettern seinen 78. Geburtstag.

1998

Offene Türen...

Matthias Platzeck (SPD) wird am 4. November in sein Amt als Oberbürgermeister eingeführt. Aus den Händen der Stadtpräsidentin Birgit Müller (PDS) erhält er die Amtskette. „Wunder wird es nicht geben“, sagt Platzeck und „Wer bereit ist, sich einzubringen, soll offene Türen im Rathaus finden“.

2003

Elefanten vor dem Stadthaus

Der Circus Voyage gastiert im November - Dezember im Kirchsteigfeld. Am 19. 11. überreichen drei Elefanten vor dem Stadthaus dem Oberbürgermeister Jann Jakobs 500 Freikarten für sozial Schwache und Benachteiligte.

Kampf mit harten Bandagen

Schon Anfang November soll der Gerichtsvollzieher die ersten Kleingärten in der Babelsberger Sparte „Angergrund“ räumen. Der Eigentümer TAMAX will auf dem ca. 2 ha großen Areal bis zu 500 Wohnungen errichten. Doch die Kleingärtner wehren sich. Zuletzt protestierten sie am 28.10.2018 mit einer Mahnwache gegen ihre drohende Räumung. Und die Stadtverordneten wissen sie dabei hinter sich. Mit einem fraktionsübergreifenden Dringlichkeits-

antrag hatten diese sich in der letzten Stadtverordnetenversammlung dafür ausgesprochen, das Areal als Dauerkleingartenanlage zu schützen und dies mit der Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplanes weiter abzusichern. Der Aufstellungsbeschluss soll den Stadtverordneten nun in der Novembersitzung vorgelegt werden. Denn Baurecht für Wohnungen, auf das die TAMAX hier spekuliert, gibt es für die Flächen nicht. Und nach dem

Willen von Verwaltung und Stadtverordneten soll das auch so bleiben. Wohl vor allem deshalb versucht die TAMAX jetzt in aller Eile mit den Räumungen Fakten zu schaffen und die Kleingärtner in die Knie zu zwingen. DIE LINKE wird weiter alles dafür tun, dass dies eine Fehlspekulation bleibt. Denn wie im Entwurf des neuen Kleingartenkonzepts festgestellt, benötigt die Stadt eigentlich 900 Parzellen mehr - nicht weniger!



Etappenenerfolg im Streit um Rückzahlung von Kita-Beiträgen

Nach monatelangem Ringen um die Kernfragen der Rückzahlung zu hoch angesetzter Kita-Beiträge ist ein Durchbruch erzielt worden: in einem Mediationsverfahren haben sich der Kita-Elternbeirat, Träger und Verwaltung auf einen Kompromiss geeinigt.

Im Zeitraum vom 01.01.2016 bis 31.07.2018 von Eltern zu viel entrichtete Beiträge werden auf der Basis der Kosten von 2010 ohne Berücksichtigung neu entstandener Kitas zurückgezahlt. Damit greift die von der Verwaltung im August vorgelegte Variante, die auch von der Linken favorisiert wurde, dass alle Eltern die Differenz zwischen alter Beitragsfestsetzung und der ab dem 01.08.2018 neu gerechneter Beitragshöhe erstattet bekommen, allerdings auf der Kostenbasis von 2010.

Keinen Konsens gibt es hinsichtlich der Beitragsstaffelung. Hier wird der Beitragsverlauf der Satzung vom 01.01.2016 zugrunde gelegt - der Elternbeirat hatte hier rückwirkend die Anwendung einer linearen Staffelung gefordert. Die Geschwisterregelung wird in der bisher praktizierten Weise anerkannt. Die Beitragshöhe beträgt je 80% bei zwei, je 60% bei drei Kindern u.s.w. Hierfür sind keine zusätzlichen Rückzahlungen erforderlich. Strittig bleibt die Umlagefähigkeit der Kosten für das Mittagessen, die nicht durch das Essengeld gedeckt sind. Diese werden zunächst bei der Rückzahlung nicht berücksichtigt. Eine einheitliche Essensgeldregelung für alle Kitas soll erarbeitet werden und Abhilfe schaffen. Die Elternvertretung bewies hier viel

guten Willen bei der Kompromiss-Findung.

Dieser Kompromiss kostet die Stadt etwa 20 Mio. Euro, noch einmal 5 Mio mehr, als im Sommer gedacht. Die Freigabe dieser Mittel müssen die Stadtverordneten beschließen, was frühestens im Dezember, eher aber im Januar 2019 erfolgen wird. Der Zeitpunkt der Rückerstattungen bleibt also weiter offen. Das wachsende Unverständnis sowohl der Eltern als auch der Kita-Träger kam im Jugendhilfeausschuss am 18. Oktober 2018 deutlich zum Ausdruck. DIE LINKE wird alles dafür tun, dass die Haushaltsmittel schnellstmöglich bereitgestellt und die Modalitäten der Rückzahlung geklärt werden.

Mieten in Krampnitz begrenzen

8,50/m² Kaltmiete sollen in Krampnitz nicht überschritten werden. So hat es der Projektpartner Deutsche Wohnen bei der Übernahme des Areals angekündigt. Der scheidende Oberbürgermeister Jann Jakobs feierte dies als wichtigen Beitrag zur Begrenzung des Mietenanstiegs in Potsdam. Allerdings ist die Miethöhe bisher nirgendwo vertraglich festgeschrieben. Deshalb forderte DIE LINKE in der letzten Stadtverordnetenversammlung dies nachzuholen. Der Oberbürgermeister solle Gespräche mit dem Investor aufnehmen, um eine entsprechende vertragliche Regelung herbeizuführen, so Hans-Jürgen Scharfenberg vor den Stadtverordneten. Nach weiteren Beratungen erteilte der Hauptausschuss am 19. September dem Oberbürgermeister diesen Auftrag. DIE LINKE wird dranbleiben, damit dieses Ziel auch tatsächlich umgesetzt wird.

Der Berg ruht

Mit einem überraschend deutlichen Ergebnis stoppten die Stadtverordneten den Verkauf und die Bebauung der Grundstücke am Brauhausberg in ihrer Septembersitzung. Der Oberbürgermeister hatte eine Beschlussvorlage vorgelegt, die den Verkauf der drei Lose zum Höchstgebot von 27 Mio. Euro vorsah. Ein von der LINKEN initiiertes Änderungsantrag, dem sich neben der Anderen auch die Grünen anschlossen, konnte aber schließlich mit 30 Stimmen der Stadtverordneten dieses Vorgehen stoppen. Die breite öffentliche Diskussion zur Zukunft des Minsk müsse bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden, forderte Fraktionschef Scharfenberg im Plenum. Deshalb sollen nun in einem Werkstattverfahren zunächst noch einmal gezielt die Möglichkeiten zum Erhalt und für eine öffentliche Nutzung des ehemaligen Terrassenrestaurants ausgelotet werden. Bei der Zeitplanung drängten die Abrissbefürworter: die Ergebnisse des Werkstattverfahrens sollen den Stadtverordneten bereits im Dezember als Entscheidungsgrundlage vorgelegt werden. Ob dieser ehrgeizige Zeitplan realistisch ist, daran blieben im Plenum einige Zweifel. Eine Chance zum Erhalt des Minsk - die gibt es nun einmal.

Im Gespräch: Die Neuen im Ministerium – Susanna Karawanskij und Andreas Büttner

Die Spitze des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen ist seit Anfang Oktober wieder komplett. Nachdem Diana Golze und Almuth Hartwig-Tiedt die politische Verantwortung für die massive Verunsicherung von Patientinnen und Patienten durch Verletzung der Medikamentenaufsichtspflicht übernommen hatten, entschied der Landesvorstand der Brandenburger LINKEN über die Neubesetzung. Am 19. September wurde die 38jährige Leipzigerin Susanna Karawanskij durch die Landtagspräsidentin als Ministerin vereidigt. Am 1. Oktober ernannte der Ministerpräsident den 45jährigen Andreas Büttner aus Templin zum Staatssekretär. Politische Erfahrungen haben beide, in der Opposition, als Abgeordnete im Bundes- oder Landtag, aber auch und vor allem in der ehrenamtlichen Basisarbeit. Erfahrungen als Leiter von Verwaltungsbehörden haben beide nicht, aber Erfahrungen im Umgang mit Verwaltungen schon.

Wer sind die „Neuen“? Was haben sie sich vorgenommen?

Frau Karawanskij, nach Ihrer ersten Rede im Landtag bezeichnete Sie eine Tageszeitung als „solide und entschlossen“. Finden Sie sich darin wieder?

Susanna Karawanskij. Solide klingt etwas altbacken, aber wenn die Arbeit als solide bezeichnet wird, so werte ich das in der Anfangsphase positiv. Entschlossen bin ich, das stimmt. Die mir anvertraute, riesige Aufgabe will ich anpacken. Ich bin voller Enthusiasmus, gehe aber auch immer noch jeden Tag mit großem Respekt in das Ministerium. Viel Zeit für Nervosität blieb mir bei der Termindichte in den ersten Tagen nicht. Die freundliche Begrüßung im Haus, die positive Resonanz und der große Zuspruch ebneten mir schnell den Weg an die Arbeit. Und die ist umfassend, was schon der Name des Ministeriums ausdrückt - Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen.

Herr Büttner, Ihnen wird nachgesagt, Sie seien ein Mann mit wechselnden Parteibüchern. Was sagen Sie dazu?

Andreas Büttner. Stimmt. Und ich stehe dazu. Vielleicht bin ich heute ein überzeugter Linker, weil ich die Junge Union und die FDP von innen erlebt habe. Ich stieß vor allem mit meinen



Gedanken zu sozialer Gerechtigkeit an Grenzen. Es hat eine Weile gedauert, bis ich dahinter gekommen bin, was mich an den beiden Parteien störte. Darüber können wir gern ausführlicher reden.

Das Angebot steht. Wir kommen darauf zurück. Doch jetzt zum Heute. Seit wenigen Tagen sind Sie Staatssekretär. Wie fühlen Sie sich?

Andreas Büttner. Ich habe gar keine Zeit, darüber nachzudenken. Die ersten Tage waren randvoll mit Terminen, Beratungen, Gesprächen, Lesen, Vorgänge bearbeiten. Und - was mich besonders freut - Unterstützungsangeboten. Die Beschäftigten sind hochmotiviert und zeigen das auch. Dieses große Ministerium ist insgesamt ein tolles Team. Ich werde alles daran setzen, die positive Stimmung zu bewahren.

Und Lunapharm?

Andreas Büttner. Dieses Thema hat alle Beteiligten an die Grenzen der Belastbarkeit getrieben und tut es noch. Es hat vor allem offenbart, wie wichtig eine gut strukturierte und konsequente sowie personell gut ausgestattete Aufsichtsbehörde ist. Je mehr ich mich in dieses Thema einarbeite, desto deutlicher wird aber auch, mit welchem kriminellen Labyrinth wir es zu tun haben. Schon jetzt muss ich eingestehen, dass eine Landesbehörde allein damit überfordert ist. Wir brauchen eine enge Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft, mit den anderen Bundesländern, dem Bund und der Europäischen Arzneimittelaufsicht. Im Interesse der Betroffenen laufen jetzt Ausschreibungen, um die Brandenburger Aufsicht personell aufzustocken und es werden auch die Kommunikationsbeziehungen zwischen Amt und Ministerium enger geknüpft.



Susanna Karawanskij. Wir waren gemeinsam in Wünsdorf und haben uns das Landesamt genau angesehen. Die Mitarbeitenden sind verunsichert, werden aber mit uns zusammenarbeiten, sowohl um weiter aufzuklären, Transparenz zu schaffen, als auch den Ruf des Amtes wieder herzustellen.

Die Aufarbeitung ist das eine. Die wird auch nur in enger Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden, bundes- und europaweit möglich sein. Auf der anderen Seite sind die betroffenen Patientinnen und Patienten, auch Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker. Da ist viel an Vertrauen in das Ministerium zerstört worden. Ich habe mir fest vorgenommen, das gemeinsam mit dem Ressort wieder herzustellen. Durch harte Arbeit, Gespräche und Veranstaltungen. Zudem werde ich mich kurzfristig an den Bundesgesundheitsminister mit der Bitte wenden, das Thema Arzneimittelsicherheit, Reimporte, länderübergreifende Aufsicht auf den Prüfstand zu stellen. Lunapharm ist längst kein Einzelbeispiel. Das Netzwerk hat schon heute Europa fest durchwoben.

Haben Sie angesichts des Medikamentenskandals überhaupt noch Zeit für anderes.

Susanna Karawanskij. Das geht natürlich nur mit Arbeitsteilung und Verlässlichkeit, wenn man sich auf seine Abteilungsleiter und die Beschäftigten verlassen kann. Und das tue ich, denn ich spüre im Haus vielfach den Wunsch nach Anerkennung von innen und außen. Das ist eine gute Basis. In Brandenburg wurde viel erreicht, worauf wir gemeinsam wirklich stolz sein können. Ein paar Stichpunkte. Arbeitslosigkeit einstellig, Integrationsbegleiter für Langzeitarbeitslose, Schulgesund-

heitsfachkraft im Modellprojekt, Telemedizin, Kita mit Biss, Krankenhäuser mit Ideen in allen Regionen, runder Tisch gegen Kinderarmut, ausgeprägtes Ehrenamt auch in der Flüchtlingsintegration, Gesundheitskarte für Geflüchtete, und und und. All das kommt nicht von ungefähr. Dafür braucht es politischen Willen, Engagement und Geld. Und da hoffe ich auf das soziale Gewissen des Landtages. Denn es gibt immer noch einiges zu tun. Ärzte aufs Land, Hebammenausbildung, Mindestlohn, Pflege...

Und wie ist das nun ohne Verwaltungserfahrung?

Andreas Büttner. Ohne Verwaltungserfahrung stimmt nicht. Ich habe in einer großen Behörde gearbeitet und habe Personalverantwortung gehabt. Ich weiß, wie große Behörden funktionieren, zudem bin ich Vater von vier Kindern, eines hat eine Behinderung. Da habe ich viel mit Verwaltungen zu tun. Da bekommt man schnell einen Blick dafür, was alles geändert werden müsste. Ich bin ein Freund von klaren Strukturen, in denen die Kolleginnen und Kollegen konstruktiv arbeiten. Und soweit ich das nach den wenigen Tagen im Amt überblicke, muss nur an ganz wenigen Stellen nachjustiert werden. Und das erfordert mehr Personal. Es muss Schluss damit sein, mehr Arbeit mit weniger Beschäftigten durchzusetzen. Auch junge Leute brauchen eine Perspektive, auch innerhalb des öffentlichen Dienstes. Die ständigen Befristungen müssen auf den Prüfstand. Dafür will ich mich stark machen.

Zum Schluss, wovor fürchten Sie sich?

Susanna Karawanskij. Davor, dass ich etwas übersehe oder ungenügend beachte. (lacht) Doch dafür habe ich ja mein Büro, auf das ich mich jederzeit verlassen kann.

Andreas Büttner. Vielleicht davor, dass ich mich mal vergesse, wenn Bedenken das Mitdenken blockieren.

Das Gespräch führte: Gerlinde Krahnert

Mehr Infos über die Arbeit der Ministerin, des Staatssekretärs und des gesamten Ministeriums: www.masgf.brandenburg.de

Fotos: dpa/Jan Woitas/Wolf/Oliver Schwerts

Alexander-Haus e.V. erhält Potsdamer Integrationspreis 2018

Die Landeshauptstadt Potsdam hat gemeinsam mit der ProPotsdam GmbH in der Reithalle A im Hans Otto Theater zum 14. Mal den Integrationspreis verliehen. Oberbürgermeister Jann Jakobs, die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Birgit Müller, und die Vorsitzende des Migrantenbeirates, Diana González Olivo, übergaben den Preis an die diesjährigen Sieger des Wettbewerbes.

„In diesem Jahr hat die Jury entschieden, dass das Projekt ‚Community Essen: Kunst und Kochen‘ des Vereins Alexander-Haus Groß Glienicke den Integrationspreis erhält.“, sagte Oberbürgermeister Jann Jakobs. Er dankte allen Initiativen, die sich beworben haben, für ihr Engagement. Den ersten Preis nahm Julia Haebler (M.) für den Alexander-Haus e.V. von der SVV-Vorsitzenden Birgit Müller und dem scheidenden Stadtoberhaupt Jann Jakobs entgegen. Foto: Landeshauptstadt Potsdam, Christine Homann



Denk ich an Europa in der Nacht...

... bin ich um den Schlaf gebracht? Zumindest ist das nicht ausgeschlossen, wenn man sich damit beschäftigt, wohin Europa sich gerade politisch entwickelt. Der Aufstieg des Rechtspopulismus hat viele europäische Länder fest im Griff und es zeigt sich, dass kaum ein Land davor gefeit ist.

In Italien werden Roma durch die Regierung aus rechtsradikaler Lega und Fünf-Sterne-Bewegung systematisch verfolgt. In Polen hat die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) die Unabhängigkeit der Justiz untergraben. Und in Ungarn hat die Koalition aus Fidesz-Partei und christdemokratischer Volkspartei die Grundfeiler der Demokratie geschleift: das Wahlrecht, die akademische Freiheit und auch das Versammlungsrecht wurden systematisch beschränkt. In Österreich wird die Mindestsicherung vor allem für Familien und Migranten gekürzt. In Dänemark werden soziale Errungenschaften zurückgenommen und die Umweltstandards aufgeweicht. Und nach Finnland und Norwegen, wo Rechtspopulisten bereits in der Regierung sitzen, ist mit dem Erstarken der von Neonazis gegründeten Schwedendemokraten auch Schweden vom Aufstieg der politischen Rechten betroffen.

Auch vor Deutschland macht diese Entwicklung nicht Halt. Der Aufstieg der AfD scheint kein Ende zu nehmen und deren Positionen haben sich bis tief in das konservative Lager gefressen. Gleichzeitig ist – wie in anderen europäischen Ländern auch – in Deutschland ein Verfall der Sozialdemokratie zu beobachten, von dem die Parteien links der Sozialdemokratie nicht profitieren können.

Wo aber liegen die Ursachen für den Aufstieg des Rechtspopulismus?

In vielen Ländern ist über Jahre der Wohlfahrtsstaat geschliffen worden, wurden soziale Errungenschaften abgebaut, konnte

Arbeitslosigkeit nicht verhindert werden und ist die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufgegangen. Soziale Probleme haben sich über Jahre aufgebaut und wurden durch neoliberale Politikkonzepte befördert. Armut, Arbeitslosigkeit und Ängste in der Bevölkerung vor sozialem Abstieg wurden ignoriert, während Profitinteressen von Banken und Konzernen Vorrang hatten. Die Vorgänge um die Bankenrettungen, wo selbst in Zeiten knapper Kassen Milliarden zur Verfügung gestellt wurden, um das Bankensystem zu stabilisieren, und gleichzeitig der Bevölkerung der betroffenen Länder unzumutbare Härten durch Sozialleistungs- und Rentenkürzungen aufgebürdet wurden, haben das Vertrauen in die Europäische Union und die nationalen Regierungen nachhaltig erschüttert.

Hinzu kam: Die zunehmende Komplexität der militärischen Konflikte in der Welt haben ein Gefühl der Unsicherheit und des nicht mehr Verstehens, was nach dem Wegfall der Blockkonfrontation auf dieser Welt eigentlich los ist, hervorgebracht. Kriege und Auseinandersetzungen sind durch soziale Medien und mediale Berichterstattung viel „näher“, als früher und werden deshalb stärker wahrgenommen.

Zu diesen beiden Entwicklungen, also sozialen Verwerfungen und der Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen kam eine dritte Entwicklung: die zunehmende Migrationsbewegung nach Europa. Waren erstere der Nährboden für Rechtspopulismus, waren die Geflüchteten, die nach Europa kamen, der Katalysator. Bestehende soziale Problemlagen wurden sichtbarer und erfahrbarer, Kämpfe um Arbeitsplätze vor allem im Niedriglohnsektor wurden härter und Ängste vor sozialem Abstieg verstärkt. Und auch die militärischen Auseinandersetzungen und Kriege traten stärker ins Bewusstsein, ebenso wie deren Komplexität und Unübersicht-

lichkeit. Gleichzeitig hatten Rechtspopulisten nun ein erfahrbares und verständliches Angriffsziel. Es war ein leichtes, die in der Bevölkerung verankerten Unsicherheitsgefühle zu nutzen und Migration zum Fokus der Auseinandersetzung und zum alles überdeckenden Thema zu machen. Der Aufstieg des Rechtspopulismus wurde auch durch demokratische politische Kräfte befördert, die glaubten, den Rechtspopulismus zu stoppen, wenn sie die Positionen übernehmen und sich selbst zu eigen machen. Dass diese Strategie scheitert und im Gegenteil, den Rechtspopulismus stärkt, sollte inzwischen klar sein, dennoch können wir genau das aktuell im Handeln der CDU/CSU und hier vor allem bei Heimat-Horst Seehofer beobachten.

Was aber tun, um Rechtspopulismus zurück zu drängen? Meine feste Überzeugung ist, dass dies nur gelingen wird, wenn die sozialen Verwerfungen eingedämmt und die Kriegslage durchbrochen wird. Deshalb ist eine linke Politik, die auf friedliche Konfliktbearbeitung in der Außenpolitik und konsequentes Eintreten für den Sozialstaat für alle zielt, die richtige Antwort. Dazu gehört, Humanität zu verteidigen. Migration ist nicht das Problem, das Problem ist die Politik des Westens, die Ausplünderung der Welt durch internationale Konzerne, Kriege und Umweltverschmutzung. Deshalb ist es unsere Aufgabe als LINKE in Deutschland und als europäische Linke, nicht den gleichen Fehler zu machen wie das bürgerliche Lager und den Rechtspopulisten hinterherzulaufen, sondern konsequent für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Menschen einzutreten.

Die Autorin Andrea Johlige ist Sprecherin für Asyl-, Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag

Einzelmaßnahmen bewirken keine Mobilitätswende

Der neugewählte Potsdamer Oberbürgermeister Mike Schubert wird sich nun an seinen Wahlkampfversprechen messen lassen.

Zu den Ergebnissen der Bürgerbefragung des Potsdamer „Nachhaltigkeitsinstituts“ IASS zum Verkehrsversuch auf der Zeppelinstraße, erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete und stadtentwicklungs- und verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Anita Tack: „Den Presseberichten über die vom Institut IASS durchgeführte Befragung mit insgesamt 3500 Teilnehmern ist zu entnehmen, dass 75 Prozent der Befragten dem Umweltschutz mehr Bedeutung in der Stadtpolitik wünschen. Dies ist zunächst eine sehr positive Entwicklung. Auch die überwiegend positive Annahme des stadtauswärts führenden Radwegs ist erfreulich.“

Allerdings zeigt die Studie auch, dass es bislang an weiteren Möglichkeiten fehlt, die Menschen zum Umstieg vom Auto zu mobilisieren, so dass 83 Prozent der Autofahrer trotz Einengung der Zeppelinstraße ihr Nutzungsverhalten nicht geändert haben.

Ich stimme dem Institut daher in seiner Einschätzung zu, dass hier ein erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Eine nachhaltige Verkehrs- und Stadtentwicklung braucht eine intelligente Verknüpfung individueller und kollektiver Verkehrsmittel, die Einführung eines fahrscheinlosen Nahverkehrs sowie flexiblere Angebote, um Anreize zum Umstieg vom Auto zu schaffen.

Auch die Informationspolitik gegenüber den BürgerInnen über bereits bestehende Angebote hinaus, muss sich verbessern.

Ich erwarte vom neuen Potsdamer Oberbürgermeister Mike Schubert, dass er sein Wahlversprechen, gemeinsam mit den Umlandgemeinden ein Verkehrskonzept zu entwickeln zügig umsetzt und seinem erklärten Willen ein „Paket an Maßnahmen“ zur (Auto-) Verkehrsvermeidung zu ergreifen, Taten folgen lässt.

Filmpremiere:

„Der markt-gerechte Patient“

Ein Film von unten! von Leslie Franke und Herdolor Lorenz

<http://www.der-marktgerechte-patient.org>



Filmpremiere in Potsdam
mit anschließender Diskussion
* Kartenreservierung erbeten unter info@dielinke-potsdam.de

Unser Gesundheitssystem hat nicht mehr die Genesung von Patienten*innen zum Ziel, sondern die Maximierung von Profit. Der Mensch wird zur Ware! „Das Geld ist immer im Hintergrund aller Entscheidungen. Man tut etwas, um die Kosten zu reduzieren oder man tut etwas, um mehr Gewinne, mehr Einnahmen für das Krankenhaus zu generieren!“

Reste vom Feste

„Im Nachgang zum diesjährigen Sommerfest liegen noch folgende Gewinne aus der Tombola zur Abholung in der Geschäftsstelle, Zeppelinstraße 7, bereit:
1. Los-Nummer 227: ein „Überraschungspaket“ von Porta
2. Los-Nr. 028: CD Volker Pispers, Kabarettist „Bis neulich...der letzte Abend“
Wir bitten die Gewinner, sich zu melden. Tel-Nr: 0331 58392444“
Petra Pannicke
Kreisschatzmeisterin

Der Mensch bleibt zurück?! „Der marktgerechte Patient“ über die desaströsen Verhältnisse in der Pflege feiert nun in über 100 deutschen Städten am 08. November Premiere - und wir sind in Potsdam dabei. Hier findet ihr den Trailer und Infos zum Film. Es geht darum, wie Patient*innen zur Gewinnmaximierung benutzt werden - natürlich auf Kosten der Gesundheit sowohl der Belegschaften als auch der Patient*innen. Dieses Thema passt auch zur aktuellen Kampagne des Bundesverbandes der LINGKEN.
DIE LINKE.Potsdam lädt am Donnerstag, den 8.11. um 18.30 Uhr ins Thalia-Programmkinos zur Premiere und anschließenden kurzen Diskussion mit Prof. Dr. Dr. Dr. Paul Ulrich Unschuld von der Charité Berlin ein. Die Vorstellung ist kostenlos, durch die begrenzte Platzzahl ist eine Reservierung mit eurem Namen an info@dielinke-potsdam.de aber unbedingt zu empfehlen, dann kommt ihr auch sicher hinein.

Glückwünsche zu 40 Jahre Kabarett „Obelisk“

Zur Jubiläumsfeier anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Potsdamer Kabarett „Obelisk“ erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE und Mitglied des Fördervereins des „Obelisk“, Anita Tack: „Das Kabarett ‚Obelisk‘ ist seit nunmehr 40 Jahren ein Leuchtturm in der Potsdamer Kulturlandschaft. Gretel Schulze ist es gelungen, eine Kleinkunsthöhle in Potsdam zu etablieren, die sich gegen die Konkurrenz aus der benachbarten Großstadt und auch in den unterschiedlichen politischen Systemen DDR und BRD zu behaupten wusste. Bis zum heutigen Tag treffen die Programme und Künstler stets den Nerv der Zeit und analysieren die politischen Zustände und gesellschaftlichen Entwicklungen auf intelligente, humorvolle und unterhaltsame Weise. Damit begeistern sie nicht nur schon mehrere Zuschauergenerationen, sie schaffen einen Zugang zu Politik und regen zum Nachdenken über die aktuelle

gesellschaftliche Situation an. Eine Aufgabe, die in Zeiten der zunehmenden Entpolitisierung und einem gleichzeitig spürbaren Rechtsruck der Gesellschaft in ihrer Bedeutung nicht oft genug gewürdigt werden kann. Ich gratuliere dem Kabarett „Obelisk“ ganz herzlich und wünsche Gretel Schulze und Ihrem Team alles Gute für die Zukunft und hoffe auf noch viele Jahre toller Kleinkunst im Kabarett ‚Obelisk‘.“



Foto: Quelle Reservix

2	8					3	4
			1	3			
	3					6	
		2		3	4		
9			5	4	7		8
		1		2	9		
	7					8	
			6	9			
3	1					9	7

SUDOKU

Auflösung Oktober

3	1	4	6	7	8	5	9	2
5	9	7	2	1	3	8	6	4
8	6	2	5	4	9	1	7	3
9	8	5	3	2	7	6	4	1
6	2	3	1	9	4	7	8	5
4	7	1	8	5	6	2	3	9
2	4	9	7	6	1	3	5	8
7	5	8	4	3	2	9	1	6
1	3	6	9	8	5	4	2	7

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine •

Dienstag 6. November
10.00 – 12.00 Uhr, Bürgerhaus Stern*Zeichen: Märchenstunde mit Überraschung. Wir laden wieder zur Märchenstunde ein. Mit spannenden Märchen werden wir euch die Langweile vertreiben. Danach kann jedes Kind die Märchenfiguren aus der Lesestunde nach seiner Fantasie zeichnen. Anschließend gibt es eine „Süße Überraschung“ aus dem Schokoladenbrunnen. Lasst euch überraschen. Um Anmeldung wird gebeten/Tel. 0331 600 67 61
Mittwoch 7. November
14.00 – 18.00 Uhr, Bürgerhaus Stern*Zeichen: Tanztee

- DJ Kurt & DJ Uwe sorgen für viel Spaß und gute Stimmung bei Tee, Kaffee, Kuchen, Wein oder ... (Gleiche Zeiten am 14.11./21.11. jeweils von 14 – 18 Uhr)
Donnerstag 22. November
18.00 - 20.00 Uhr, Bürgerhaus Stern*Zeichen: Stammtisch – Frauen in Politik und Führung. 2017 haben wir begonnen, einen Frauenstammtisch im Bürgerhaus zu etablieren - Wir suchen noch Mitstreiterinnen, die sich frauenpolitisch engagieren, austauschen und vernetzen wollen. Um Anmeldung wird gebeten unter 0331 600 67 61, info@buergerhaus-stern.de

Sonnabend, 24. November
10.00 – 14.00 Uhr, Landesgeschäftsstelle DIE LINKE; Alleestr. 3, Potsdam: Landeskongress der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE. Vortrag Prof. Dr. Edeltraud Felfe.
Sonntag 25. November
10.30 - 11.15 Uhr, Bürgerhaus Stern*Zeichen: Papa & Baby Schnupperkurs. Ein effektives ganzkörperworkout für dich orientiert an den Bedürfnissen deines Babys! Dein Baby ist ganz in die Stunde eingebunden und motiviert dich mit seinem Lachen. Zusätzlich werden gezielte Spiele für dein Baby gemacht, die es aktiv in seiner Entwicklung

unterstützen-wie Strampel-Spiele oder Knireiter. Kursleiterin Franziska Nixdorf: Info und Anm. unter Tel. 0178 7663615 oder E-Mail: franziska.nixdorf@fitdank-baby.de
Mittwoch 28. November
10 - 12 Uhr und 13 - 15 Uhr, Bürgerhaus Stern*Zeichen: Adventsbasteln. Bastelzeit - Kreatives Gestalten für die Weihnachtszeit! Beitrag 2,00 € pP
Freitag 30. November
19.00 Uhr, Bürgerhaus Stern*Zeichen: Kabarett mit Birgit Breuer JääääzComedy. Sichern Sie sich Ihr zweites Standbein, solange

das erste noch läuft! Brandheiße Themen wie Kommunikation, leere Kleiderschränke, Parship oder Männer beim Angeln, transformiert mit einer Loopmaschine, in die sie all die vielen Worte, die aus ihr herausprudeln, singen, säuseln, surren und abspeichern kann — zuweilen ein ganzes vokales Orchester. Ein Multitalent in Wort, Mimik und Gesang oder, wie es eine Zuschauerin formulierte: „Superstimme. Und komisch ist die auch noch!“ mit Getränke- und Imbiss Angebot im Café/Beitrag: 10 €/ Reservierungen unter: 0331 600 67 61/62